

# Komplex ist das neue Normal Forschung muss mit der Widerständigkeit des Sozialen rechnen

Roland A. Römhildt

**Summary:** Social science should delineate society's complexity not as one phenomenon amongst others. Rather, complexity constitutes the peculiarity of its subject-matter and thus its main work focus. This should be reflected in its epistemological orientation, which cannot function monofactorially. Its task is to render network effects, which are difficult to grasp, more comprehensible, without proceeding reductionist. By opposing „all or nothing“ approaches and developing institutional solutions more flexible than these commonly advocated politically, social science can stay relevant for democratic politics.

**Kurz gefasst:** Sozialwissenschaft sollte die steigende Komplexität der Gesellschaft nicht als ein Phänomen neben anderen betrachten. Vielmehr liegt hier das Eigentümliche ihres Gegenstands und damit der Kern ihrer Arbeit. Das muss sich in ihrer Erkenntnisorientierung spiegeln, die nicht monofaktoriell funktionieren kann. Ihre Aufgabe liegt darin, schwer fassbare Netzwerkeffekte nachvollziehbarer werden zu lassen, ohne sie zu reduzieren. Indem sie einem „Alles oder Nichts“ entgegentritt und flexiblere institutionelle Lösungen erarbeitet, als sie politisch meist vertreten werden, kann sie demokratiepolitisch relevant bleiben.

Mit einem berühmt gewordenen Bonmot umschrieb der Quantenphysiker Wolfgang Pauli das Weltbild seines Kollegen Paul Dirac: „Es gibt keinen Gott und Dirac ist sein Prophet“. Pauli spielte auf das islamische Glaubensbekenntnis an und unterstrich damit, dass auch naturwissenschaftliche Weltbilder glaubensförmig funktionieren, sobald sie ihre Perspektive absolut setzen und ihre Voraussetzungen ignorieren. Eben diese Perspektive nimmt der Historiker Jerry Z. Muller in seinem Buch „The Tyranny of Metrics“ ins Visier, in dem er eine „metric fixation“ darstellt. Diese möchte in ihrer Fixierung auf Zahlen und Messbarkeit wissenschaftlich sein. Durch die Ausblendung kontextueller Faktoren bei der Quantifizierung wissenschaftlicher, schulischer oder medizinischer Belange (einige Beispielgebiete Mullers) geht jedoch das Gespür für die Genese vermeintlich objektiver Maßstäbe verloren. Unbeabsichtigte Folgeeffekte passieren, wenn der Glaube herrscht, eine Messung impliziere schon die einzig richtige Lösung einer Angelegenheit. Zahlen werden geschönt, instrumentalisiert oder nicht auf heikle Vorannahmen abgeklopft. Das zeigen Probleme mit Algorithmen; deren Datensätze haben eine Geschichte, sind nach bestimmten Maßstäben erstellt und nicht vom Himmel gefallen. Vermeintlich neutrale Programme können rassistische Ergebnisse produzieren, etwa wenn der Datensatz die Gleichsetzung Schwarzer Menschen und Gorillas nahelegt, wie bei Google jüngst geschehen.

Der unreflektierte Rückgriff auf vermeintlich naturgegebene Universalschlüssel wie Objektivität oder reine Zahlenschemata liegt im Zeitgeist. Das Vorbild liefern Wirtschaftswissenschaften in Anschluss an mathematisch verfasste Naturwissenschaften. Auch die Politikwissenschaften suchen Orientierungen an mit vereinheitlichem Maßstab messenden Methoden. Ebenso symptomatisch ist der aktuelle Methodenstreit im Umfeld der Deutschen Gesellschaft für Soziologie über den Geltungsbereich quantitativer im Gegensatz zu qualitativen Methoden. Die rein quantitative Perspektive greift aber zu kurz. Sie verkennt, dass Fragen, Kategorien, Begriffe und selbst die Gegenstände, die beschrieben und charakterisiert werden sollen, historisch in sozialen Konstellationen gewachsen und nicht einfach irgendwie immer schon vorhanden sind. Jede neue Beschreibung, wissenschaftlich oder nicht, greift wiederum mehr oder weniger in solche Konstellationen ein. Dies ist eine zentrale Einsicht komplexitätsorientierter Sozialwissenschaft. Wenn Individuen Rational-Choice-Motive unterstellt werden, wird man andere Schlüsse ziehen, als wenn sie als affektgetrieben gesehen werden oder wenn statt auf Individuen auf Gruppen oder Netzwerkeffekte geachtet wird.

Das heißt jedoch genauso wenig, dass alles einfach relativ zu einer Person ist, die eben mal so oder so beobachtet. Das wäre nur die Ersetzung eines objektivistischen Reduktionismus durch einen subjektivistischen. Dieses Manöver wird häufig der sogenannten Postmoderne nachgesagt, doch ihre konsequentesten Vertreter drängen und dringen auf genau das Gegenteil: Um die Komplexität des Sozialen zu erfassen, braucht es mehr als ein „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“ oder „anything goes“. Stattdessen müssen die komplexen Verschränkungen von Faktoren beleuchtet werden, die – geprägt durch ihre Vorgeschichte – ein bestimmtes Spektrum an sozialen Phänomenen und Praktiken möglich werden lassen.

Der Soziologe Dirk Baecker hat das jüngst am Beispiel der digitalen Transformation vorgeführt: Sie vollzieht sich nicht linear und damit unberechenbar, da vielfältige soziale Handlungslogiken (von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft usw.)

sowie technische und ökologische Faktoren aufeinandertreffen. Die dabei entstehenden Netzwerke sind in ihren Effekten nicht mehr auf einzelne Bestandteile oder Handlungen reduzierbar. Baecker beobachtet hier eine neue Normalität, in der verknüpft wird, was nicht ohnehin schon notwendig zusammenhängt. Diese Form der Komplexität ist nicht neu, sie wird aber zunehmend prägend für gesellschaftliche Konstellationen. Objektive und subjektive, Makro- und Mikro-faktoren setzen einander immer schon voraus. Sozialität entfaltet sich erst in dieser Einheit des Verschiedenen als spannungsreicher prozessualer Effekt.

In diesen schwer, weil eigentlich nur in ihren Wirkungen greifbaren Phänomenen liegt die Herausforderung sozialwissenschaftlicher Arbeit. Sie unterläuft jede Suche nach vermeintlichen Universalschlüsseln. Im Übrigen vollziehen auch die *hard sciences* diesen Weg. Die Physiker Robert Laughlin und David Pines begruben bereits vor zwanzig Jahren den Traum von einer reduktionistischen „Theory of Everything“. Ihre Kollegin Sabine Hossenfelder hat jüngst die Sackgasse porträtiert, in die sich eine Physik gebracht hat, die ihre Ideale von Einfachheit und Eleganz als natürlich dogmatisiert und damit wissenschaftlicher Reflexion entzieht.

Wie aktuell diese wissenschaftstheoretischen Überlegungen sind, lässt sich am Thema gesellschaftlicher Transformation im Horizont ökologischer Krisen durchspielen. Vor allem Nachhaltigkeitskonzepte verheißen hier Globallösungen. So formuliert ein aktueller Bericht des Club of Rome: „In der leeren Welt“, also vor dem großen Bevölkerungswachstum ab Mitte des 18. Jahrhunderts und dem sich dadurch vervielfachenden Ressourcenverbrauch, „war die Balance einfach vorhanden“, die Nachhaltigkeit heute wiedergewinnen soll. Doch hat es nie „einfach“ so eine Balance in oder mit „der Natur“ gegeben. Nur dem sich annähernde, dynamisch-unbeständige Prozesse existieren, häufig genug kippen sie. Die Physik spricht von Entropie: Nur durch Zufuhr immer neuer Impulse kann ein Zustand aufrechterhalten werden. Leben im Einklang mit „der Natur“ ist daher eine historisch gewachsene, utopische Verkürzung oder Projektion, gleich ob in tribalem oder weltgesellschaftlichem Maßstab. Wenn Natur – ein allerdings heillos kulturell imprägnierter Begriff – in sich schon nicht balanciert, gar irgendwie gut ist, wie sollte sie es dann gekreuzt mit Sozialität werden?

Nun darf den Autoren nicht mutwillige Verkürzung unterstellt werden. Sie orientieren sich an der Universalprämisse der Nachhaltigkeit. Diese suggeriert Alternativlosigkeit: Es gibt eine richtige Diagnose und eine passende Lösung, nämlich die Herstellung dauerhafter Balance von Mensch, Gesellschaft und „Natur“. Exemplarisch streben danach die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Unzweifelhaft sind viele dieser Ziele mehr oder weniger erreichbar und ohnehin wünschenswert, sei es die Reinhaltung der Meere oder verbesserte Arbeitsbedingungen. Hingegen muss bezweifelt werden, dass die erzielten Ergebnisse sich notwendigerweise ergänzen und aggregiert zu der erwünschten Balance führen, die ein gutes Leben aller sichern soll.

Das setzt eine mögliche, gar notwendige Konvergenz voraus. Zweifel, Verweigerung oder jedwede Irrationalität werden zu bloßen Unfällen; die Unberechenbarkeit und Widerständigkeit des Sozialen bleiben vernachlässigt. Gerade sie müssten jedoch in die Beobachtung sozialer Wirklichkeit einbezogen werden – nicht als Störgeräusche, sondern als Teil der Formel, die deshalb nie aufgehen kann. Menschen, soziale Dynamiken und Ökologie ergeben in ihren Vernetzungen kein kohärentes Ganzes. Auch Irrationalitäten, wie sie etwa in Gestalt sogenannter Fake News auftauchen, sind Ergebnisse derlei komplexer Verschränkungen und nicht bloß das Ergebnis eines falschen Bewusstseins. Mit solch gegenläufigen Trends ist zu rechnen, ohne dass sie genau berechenbar wären – unabhängig davon, wie hart die Fakten zu Klimawandel und Ressourcenverbrauch oder wie gut die Argumente zu Lebensqualität sind. Ein monoperspektivischer Aktivismus, wie ihn die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der Vereinten Nationen oder in Teilen die neue Klimaprotestbewegung postulieren, wird hiermit kaum konstruktiv umgehen können und ratlos bleiben.

Sicher, es ist richtig und wichtig, korrupte Interessenpolitik und kurzfristige Profitgier anzuklagen, wie es etwa Kathrin Hartmann in „Die grüne Lüge“ tut.



Roland A. Römhildt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Center for Global Constitutionalism und der Forschungsprofessur Global Public Law. Sein Forschungsinteresse gilt der Systemtheorie und dem Poststrukturalismus in der Politischen Theorie. (Foto: Martina Sander)

[roland.roemhildt@wzb.eu](mailto:roland.roemhildt@wzb.eu)

Man kann auch versuchen, Nachhaltigkeit nicht linear zu denken, wie der Ökonom Fred Luks geistreich gezeigt hat. Doch das Ideal eines globalen Glücksversprechens verstellt nüchterne Analysen. Mit dem Politikwissenschaftler Edgar Grande kann eine „Governance-Falle“ diagnostiziert werden: Die Enttäuschung über bisherige Politik begünstigt Reaktionen, die weitere Enttäuschung wahrscheinlich machen. Eine Gruppe von Politikwissenschaftlern der Ludwig-Maximilians-Universität München spricht von einer „Responsivitätsfalle“: Die immer weiter steigende gesellschaftliche Komplexität erschwert die Umsetzung von Maßnahmen durch öffentliche Institutionen und lässt Debatten stetig anspruchsvoller und abstrakter werden, was Resignation und Desinformation begünstigt. Gleichzeitig lässt jene Komplexität die Bewertung und Korrektur einzelner Maßnahmen entweder scheitern oder für eine politische Weiterverwendung wenig opportun erscheinen. Man greift sie, wenn überhaupt, nur stark verkürzt auf, mit entsprechend vergrößernden Folgen.

Von Weltrettung zu reden, ist daher zwar affektiv verständlich, analytisch indes mindestens ambivalent. „Komplexität“ als Gegenparole auszuflaggen und es dabei zu belassen, ist allerdings genauso inadäquat. Vielmehr bedarf es der Fähigkeit, aus ihrer Diagnose passende Schlüsse zu ziehen, um mit dem sich weiter verschärfenden Dilemma des Auseinanderklaffens von Analyse- und Handlungsorientierung umgehen zu können. Gerade Politikwissenschaft sollte öfter die Perspektiven aktiver Politik – ob Regierungsarbeit oder Graswurzelinitiative – gegentesten und ihre Maßstäbe nicht anlegen, sondern hinterfragen.

Auch bedarf es Überlegungen dazu, wie Institutionenarrangements gestärkt werden können, die komplexitätsfreundliches politisches Agieren begünstigen. Bildungsarbeit oder die innovative Einbeziehung verschiedener Stakeholder sind klassische Antworten. Darüber hinaus sollten solche Arrangements Redundanzfähigkeit fördern: Mit der zunehmenden Vernetzung von Menschen, Gesellschaft, Technik und Ökologie potenziert sich die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls einzelner Aspekte, mit gravierenden Folgen für alles mit ihnen Verknüpfte. Das lässt sich kaum vermeiden, will man global Lebensstandards erhalten. Der Umgang mit diesen Risiken muss allerdings flexibler und kreativer ausfallen als mit einem schlichten „Alles oder Nichts“. Es gilt, Vernetzungspotenziale zu suchen, um Ausfälle abzufedern, Rückfalloptionen zu entwickeln und Synergien zu schaffen. Vielleicht kann man dann auch über suffizientere Lebensstile reden. Bisher sind jedoch vor allem Ideen aus dem Silicon Valley und von der chinesischen Regierung wegweisend, mit absehbaren Implikationen wie Intransparenz und einem uniformisierenden und instrumentalisierenden Menschenbild. Sozialwissenschaften können ein demokratie- und menschenfreundliches Korrektiv solcher Tendenzen sein, wenn sie verstärkt ihrem Gespür für das Nichtformelhafte der sozialen Welt und ihres Verhältnisses zur Natur folgen.

#### **Literatur**

Adam, Christian/Hurka, Steffen/Knill, Christoph/Steinebach, Yves: *Policy Accumulation and the Democratic Responsiveness Trap*. Cambridge/New York: Cambridge University Press 2019.

Baecker, Dirk: *4.0. oder Die Lücke die der Rechner lässt*. Leipzig: Merve 2018.

Grande, Edgar: „Governance-Forschung in der Governance-Falle? – Eine kritische Bestandsaufnahme“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2012, Jg. 53, Heft 4, S. 565–592.

Hossenfelder, Sabine: *Das hässliche Universum. Warum unsere Suche nach Schönheit die Physik in die Sackgasse führt*. 3. Auflage. Frankfurt/M.: S. Fischer 2018.

Tainter, Joseph A.: „Understanding Sustainability through History“. In: Jeremy L. Caradonna (Hg.): *Routledge Handbook of the History of Sustainability*. Abingdon/New York: Routledge 2018, S. 40–56.